



## Regierungsratsbeschluss vom 30. Juni 2026

Eidgenössisches Departement des Innern EDI; Änderung des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung (UVG); Einheitliche Leistungserbringung für die Vergewaltigungsoffer; Vernehmlassung

---

P260711

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Bundesamt für Gesundheit.

### **Begründung**

Der Bundesrat schlägt eine Änderung des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung (UVG) vor, mit der Gesundheitsschäden infolge sexuellen Übergriffs, sexueller Nötigung und Vergewaltigung systematisch und einheitlich von der Unfallversicherung übernommen werden. Der Regierungsrat stimmt dieser Änderung zu, da damit auch urteils- und widerstandsunfähigen Opfern von Vergewaltigungen und anderen sexuellen Übergriffen ein Anspruch auf Leistungen gemäss UVG eingeräumt wird.

